

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004150/2014
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Sophia in 't Veld (ALDE), Sari Essayah (PPE) und Sven Giegold (Verts/ALE)

Betrifft: Verlängerung der Umstellungsfrist für das SEPA-Überweisungs- und Lastschriftverfahren

Am 9. Januar 2014 nahm die Kommission einen Vorschlag (COM(2013)0937) an, die Durchführung der Verordnung EU Nr. 260/2012, die die Umstellung auf SEPA-Überweisungs- (SCT) und - Lastschriftverfahren (SDD) betrifft, bis zum Ende einer Übergangsfrist von sechs Monaten, d. h. bis zum 1. August 2014, zu verschieben. Dieser Vorschlag wurde anschließend vom Europäischen Parlament und vom Rat gebilligt.

Die Kommission erklärte, dass die Übergangsfrist nach Ablauf nicht verlängert werde, und forderte die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen und die Umstellung auf das SEPA-Verfahren zu beschleunigen und zu intensivieren, damit alle Mitgliedstaaten von den Vorteilen der Umstellung profitieren können¹.

1. Überwacht die Kommission die Fortschritte bei der Umstellung auf SEPA-Verfahren in den Mitgliedstaaten?
2. Warum hat die Kommission das Parlament nicht über den neuesten Stand informiert, obwohl sich Kommissar Michel Barnier in der Sitzung vom 22. Januar 2014 verpflichtet hatte, dies zu tun?
3. Wie ist die aktuelle Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten?
4. Verläuft die Umstellung in allen Mitgliedstaaten planmäßig, sodass die Frist zum 1. August 2014 eingehalten wird?
5. Falls nicht: Welche Maßnahmen wird die Kommission ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten die Umstellung fristgemäß abschließen?

¹ http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-81_en.htm?locale=en